

# Hospital der Hoffnung in Peru

Tagelang reisen die **Nachfahren der Inkas**, um sich hier behandeln zu lassen: Das „**Diospi Suyana**“ ist weit und breit das einzige Krankenhaus in den peruanischen Anden und für viele Menschen die letzte Hoffnung. Aufgebaut wurde die modern ausgestattete Einrichtung von einem deutschen **Ärzte-Ehepaar**, betrieben wird es mit Spenden und freiwilligen Helfern.

VON TOBIAS KÄUFER

**CURAHUASI** Wenn frühmorgens die Sonne aufgeht in Curahuasi, rund 1000 Kilometer südlich der peruanischen Hauptstadt Lima, dann stehen die ersten Patienten schon seit Stunden in der Schlange. Mütter mit ihren Kindern, alte Männer, aber auch junge Väter haben sich dick eingepackt, um der Kälte der frühen Morgenstunden widerstehen zu können. Dutzende Menschen begehren an diesem Morgen Einlass in das Krankenhaus „Diospi Suyana“ des deutschen Ärztehepaares Klaus und Martina John. Für die ärmsten der Armen ist das Hospital so etwas wie die letzte Hoffnung in dem Land im Herzen Lateinamerikas.

Die Hälfte der Einwohner Perus lebt laut Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen unter-

**Hinter dem Projekt stecken zwei Menschen und tiefer christlicher Glaube**

halb der offiziell anerkannten Armutsgrenze. Geld für eine medizinische Behandlung fehlt, und bis vor wenigen Jahren gab es noch nicht mal ein Krankenhaus im Hinterland der majestätischen Anden.

Zuletzt verzeichnete Peru sogar einen wirtschaftlichen Aufschwung. Doch während die Ober- und Mittelschicht in den großen Städten wie Lima vom erfolgreichen Kurs des bis Anfang Juni regierenden Präsidenten Alan Garcia profitieren konnte, ist davon im Hinterland von Curahuasi nicht viel zu spüren. Die Menschen beschäftigen sich nicht mit der Politik, sondern damit, wie sie den nächsten Tag überleben können.

Auch deshalb ist das „Hospital der Hoffnung“ zu einer Anlaufstelle von mehreren Zehntausenden Menschen im Jahr geworden. Oft haben die Nachfahren der indigenen Ureinwohner tagelange Anreisen hinter sich, um sich in dem



**Schon in den frühen Morgenstunden** drängen sich Patienten an der Eingangspforte des „Diospi Suyana“. Das von deutschen Ärzten 2007 als Privatinitiative eröffnete Krankenhaus ist für die von der Regierung vernachlässigte arme **Landbevölkerung** im peruanischen Hochland zur unverzichtbaren Einrichtung geworden. FOTOS: PRIVAT

„deutschen“ Hospital behandeln zu lassen. Es gibt Tage, da warten Hunderte Menschen vor dem Krankenhaus, um einen Platz in den großen, aber dennoch viel zu engen Wartesälen zu bekommen. Was für Martina und Klaus John vor vielen Jahren mit einer verrückten Idee begann, ist in Peru längst zu einer lebensrettenden Wirklichkeit für viele Menschen geworden. Dreiviertel der Patienten sind Quechua-Indianer, die Nachfahren der legendären peruanischen Inkas. Sie gehörten bislang zu dem Teil der Gesellschaft, dem Staat und Regierung nicht wirklich viel Aufmerksamkeit schenken.

„Ich habe Gott gesehen“, heißt das Buch (Brunnen-Verlag), in dem Klaus John die Geschichte seines Krankenhauses aufgeschrieben hat. Das Ehepaar John kennt sich bereits seit der Schulzeit, teilte die Vorliebe für die Medizin und hatte vor, einmal in der Dritten Welt zu arbeiten. Doch ein eigenes Krankenhaus zu bauen, zudem noch komplett finanziert von Spenden aus der Heimat, davon wagten die Johns nicht zu träumen. Doch Klaus John ist ein hartnäckiger Mann. Und ein zutiefst gläubiger Christ. „Ich weiß, dass einige Leute die Nase rümpfen, aber Gott hat uns

den Weg gezeigt“, sagt er. Über mehrere Hektar Fläche erstreckt sich nun das „Diospi Suyana“, es liegt in einem von bis zu 6000 Meter hohen Anden-Gipfeln umgebenen Tal. Es hat hochmoderne Operationsräume, ein Auditorium, eine eigene Kapelle, hervorragend ausgebildetes Personal und vor allem viel Herz und Gottvertrauen.

In gewissem Sinne sind die Johns aus Wiesbaden Aussteiger. Aber sie suchen ihr persönliches Glück im Dienst an anderen Menschen. Nun sind sie Tag und Nacht für jene da, die in Not sind, die Hilfe brauchen und die alleine gelassen werden. Dafür haben sie auf eine gut bezahlte Mediziner-Karriere verzichtet, obwohl beide erstklassige Referenzen aus ihrer internationalen Studienzeit mitbringen. Statt sich in Deutschland um gut zahlende Privatpatienten zu kümmern, geht Klaus John betteln. Er selbst formuliert das so: „Ich versuche andere Menschen an unserem gemeinsamen Traum teilhaben zu lassen.“

Mit dem Plan, ein modernes Krankenhaus genau dort zu bauen, wo es niemand erwartet, machte er sich an die Arbeit. Rund zehn Millionen Euro – so waren die ersten Schätzungen – würde so ein Hospital kosten. Eine Summe, die aufzu-

treiben auf den ersten Blick unmöglich erschien. Doch heute ist Realität, was sich die Johns vor vielen Jahren einmal als Lebenstraum auf ein Blatt Papier malten. Der Baubeginn des Missionshospitals erfolgte am 24. Mai 2005. An der Einweihung nahmen am 31. August 2007 über 4500 Menschen teil.

Klaus John hat aber noch längst nicht aufgehört zu betteln. Jeden Tag muss er aufs Neue um den Fortbestand, den Ausbau und die Verbesserung der Einrichtungen

kämpfen. Das bedeutet ständigen Kleinkrieg. Mit den Zollbehörden, mit Steuerbeamten, mit korrupten Politikern. Doch am Ende hat er bisher immer gewonnen. „Weil Gott auf unserer Seite steht und uns führt“, sagt er. Und ihm die Ausdauer und Geduld mitgegeben hat. Dabei klingt Klaus John nicht wie ein religiöser Fanatiker, sondern wie einer, der auch schon Rückschläge weggesteckt hat. Ein paar Monate im Jahr geht Klaus John auf Wanderschaft, vor allem nach Deutsch-



**Über mehrere Hektar Fläche** erstreckt sich heute das Hospital, das Martina und Klaus John im peruanischen Curahuasi aufgebaut haben.

land, um mit Vorträgen sein Krankenhaus bekanntzumachen und um Unterstützung zu bitten. Inzwischen hat er mächtige Verbündete gewonnen. Selbst ein Weltunternehmen wie Siemens ließ sich erwärmen und spendete einen modernen Computer-Tomografen. John gelingt es, die Menschen mit seiner Begeisterung anzustecken. So kommt immer wieder Helfer aus Deutschland, um für ein paar Wochen in Peru auszuhelfen. Wie die Physiotherapeutin Alexandra Winter, die aus dem Krefelder Krankenhaus Maria Hilf den Sprung in ein anderes Leben wagte: „Ich habe mich für die Mitarbeit im Krankenhaus ‚Diospi Suyana‘ entschieden, weil ich gerne in eine andere Kultur eintauchen wollte, um dort dann Menschen zu helfen und die Liebe von Jesus weiterzugeben.“

Die Liste der Spender und Helfer

**Pfleger, Ärzte und Ingenieure kommen für ein paar Wochen, um mitzuhelfen**

ist lang, aber Klaus John ist sie noch nicht lang genug. Jeden Tag gibt es ein Menschenleben mehr, das es zu retten gilt. Jeden Tag gibt es ein Leiden mehr, das es zu lindern oder zu heilen gilt. Er hat eine Mannschaft um sich geschart, die vor allem eines will: durch Helfen selbst glücklich werden. Es sind Pfleger, Ärzte, Ingenieure, die ihre Arbeitskraft der Gemeinschaft widmen. Gott spielt dabei eine große Rolle. „In unserem Krankenhaus haben wir Katholiken, Protestanten, Freikirchler. Es sind alle eingeladen, es gibt keine religiösen Grenzen.“ Deswegen beginnt ein Tag mit dem Gebet in der eigenen Kirche. Gelebte und geliebte Ökumene.

Die Arbeit der Johns hat viele Menschen in Peru neugierig gemacht. Auch Alan Garcia, Vorgänger des neuen Staatspräsidenten Ollanta Humala, hatte sich die Geschichte aus erster Hand erzählen lassen. Seine Frau entschloss sich daraufhin spontan, das Krankenhaus als persönliche Botschafterin zu unterstützen. Einer von vielen entscheidenden Durchbrüchen auf dem Weg zu dem, was das Krankenhaus für die Bergland-Indianer Perus heute darstellt.

Und das Hospital der Hoffnung wird sogar noch erweitert. Derzeit bauen die Johns ein Kinderhaus speziell für die kleinsten Patienten. „Die Arbeiten sind bisher mehr als zufriedenstellend verlaufen. Alle zwölf statisch erforderlichen Stahlbetonstützen wurden bewehrt, eingeschalt und betoniert“, schreibt der zuständige Ingenieur auf der Internetseite des „Diospi Suyana“ über den Fortgang der Bauarbeiten. Das Wunder von Curahuasi wächst weiter, jeden Tag ein bisschen.

## INFO

### Gesundheitsversorgung

Ein erheblicher Teil der rund 30 Millionen Einwohner Perus lebt am Rande oder unterhalb der Armutsgrenze. Eine Volkszählung ergab 2007, dass fast **60 Prozent** der erfassten Gemeinden keinen Zugang zu medizinischen Einrichtungen hatten. Peru hat eine der höchsten Raten bei der Müttersterblichkeit auf dem amerikanischen Kontinent. Eine allgemeine **Krankenversicherung** gibt es erst seit 2010. Weitere Informationen zum Hospital der Johns gibt es unter [www.diospi-suyana.org](http://www.diospi-suyana.org).

## Ungerechtigkeit schürt Unruhen in China

VON JOHNNY ERLING

**XINTANG** Polizeiposten patrouillieren entlang leerer Straßen. In der sonst so umtriebigen südchinesischen Kleinstadt Xintang schließen die Geschäfte derzeit früh am Abend. Doch die Ruhe trägt in dem 40 Kilometer von Kanton entfernten Kreis Zengcheng mit seinen 810 000 Bewohnern. Nach den Unruhen, die hier Mitte Juni ausbrachen, bleibt die Lage angespannt.

Xintang war bisher als „heimliche Hauptstadt der Jeans“ berühmt. Jede dritte der weltweit gekauften blauen Hosen kommt von hier. Jährlich stellen rund 3000 Fabriken mit 140 000 Wanderarbeitern, die aus den Provinzen Sichuan und Hubei kommen, 800 Millionen Jeans her. Doch unlängst waren im Hongkonger Fernsehen plötzlich andere Bilder aus Zengcheng zu sehen. Da griff ein wütender Mob Amtsgebäude an, steckte Polizeiwagen in Brand. Scheiben wurden eingeschlagen und Marktstände zertrümmert. Erst einem Massenaufgebot von 2700 Paramilitärs gelang es unter Einsatz von Tränengas, die Demonstranten auseinanderzutreiben. Internet-Meldungen über angeblich Verletzte und Tote

ließen die lokalen Behörden dementieren. Sie meldeten nur, dass sie 25 Demonstranten verhaftet hätten. Die Lage sei wieder unter Kontrolle, verkündete der örtliche Bürgermeister Ze Niuping.

In der Pekinger Zeitung „Global Times“ warnte der Professor Qiao Mu jedoch vor dem Ausbruch weiterer Unruhen, solange der gesellschaftliche Reichtum in China so ungerecht verteilt werde. Wenn Wanderarbeiter wie in Zengcheng seit zehn Jahren für die Jeansfabriken arbeiteten, aber weiterhin als Bürger zweiter Klasse behandelt würden, erstaune es ihn nicht, dass „ein Funke genügt, um ein großes Feuer anzufachen“.

Der Professor steht mit seiner Ansicht nicht allein. Während die Zahl der Wanderarbeiter nach dem jüngsten Zensus Ende 2010 auf mehr als 200 Millionen landflüchtige Bauern angewachsen ist, macht ihre Anerkennung als Bürger und ihre Eingliederung in die Sozial- und Bildungssysteme kaum Fortschritte. In einer ersten landesweiten Befragung von 6232 Wanderarbeitern kommt die Forschungsstelle des Pekinger Staatsrats zum Schluss, dass der Stabilität des Landes „latente, gewaltige Risiken“

drohen, wenn der Pekinger Politik die städtische Integration der Wanderarbeiter nicht gelingt. Diese dürften nicht mehr „langfristig nur am Rande leben und Billigbeitskräfte sein“.

Pekings Führung erlebte vergangenes Jahr erste Unruhen und Streiks unter Wanderarbeitern in Südchina, darunter ein Dutzend spektakuläre Selbstmorde unter



Ein ausgebrannter Streifenwagen in der **Unruhestadt Xintang**. FOTO: RTR

jungen Wanderarbeitern beim Elektronikkonzern Foxconn in Shenzhen. Peking reagierte mit der Erhöhung der Mindestlöhne und Reformversprechen. Premier Wen Jiabao kündigte mehr soziale Gerechtigkeit bei der Umstellung von Chinas Wirtschaftssystem an. Aber viel geschehen ist seither nicht.

Dabei ist der Aufruhr im Jeansparadies Zengcheng nur jüngstes Beispiel für Proteste aus vielfältigen Ursachen. Mitte Mai löste der Tod eines mongolischen Hirten, der von einem chinesischen Lkw-Fahrer absichtlich überfahren wurde, eine Welle von Massenprotesten gegen Chinas Kohleabbau und die Ausplünderung der Inneren Mongolei aus. Die bisher friedliche autonome Region drohte zum neuen Aufstandsgebiet zu werden. Peking musste Polizeitruppen schicken und ganze Landstriche tagelang absperren. Kurz darauf verübte der bis dahin unbescholtene Bürger Qian Mingqi Bombenanschläge auf drei Regierungsgebäude, bei denen er zuletzt selbst umkam. Mingqi, der seit Jahren vergeblich um Entschädigung für sein von den Behörden abgerissenes Haus kämpfte, verstand die Attentate als „Kampf gegen die korrupte Bürokratie“.

## Der neue NRW-Lobbyist in Brüssel ist ein Grüner

VON ANJA INGENRIETH

**BRÜSSEL** Den Weg zur neuen Brüsseler Arbeitsstelle kennt Rainer Steffens bestens, denn es ist fast der alte. Seit gut fünf Jahren radelt der 50-Jährige morgens 15 Kilometer in die deutsche Botschaft bei der EU, wo er das Umweltreferat führt. Ab Juli muss er dann nur ein paar hundert Meter weiter zur Landesvertretung Nordrhein-Westfalen. Als erster Grüner übernimmt er deren Leitung, als Nachfolger von FDP-Mann Hans Stein (45), der unter Jürgen Rüttgers auf den Chefessell kam.

Hintergrund für den Wechsel: Die rot-grüne Landesregierung wollte den strategisch wichtigen Posten mit eigenen Leuten besetzen. Die Öko-Partei ergatterte das Vorschlagsrecht für die gut dotierte Stelle. Nach erfolgloser Suche in den Reihen der NRW-Grünen wurde der Posten schließlich mit einem Brüsseler Bundesbeamten besetzt, der lange im Berliner Umweltministerium gearbeitet hat und jetzt zu den wichtigsten Ansprechpart-

nern für Ressortchef Norbert Röttgen in der EU-Metropole gehört.

Steffens kennt die EU-Umwelt- und Energiefragen bis ins Detail und vertritt auf Arbeitsebene die deutschen Interessen im Kreis der 27 EU-Länder. Der Bauernsohn aus Niedersachsen kommt zwar nicht aus NRW, aber seine Brüssel-Erfahrung dürfte für das bevölkerungsreichste Bundesland wichtiger sein als die Herkunft. Schließlich geht es darum, die EU-Gesetzgebung im Landesinteresse zu beeinflussen und Brüsseler Subventionen für NRW bei den anstehenden Budget-Verhandlungen zu verteidigen.

Von 2007 bis 2013 fließen rund 2,4 Milliarden Euro nach NRW, vor allem für die Förderung regionaler Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit. „Das soll auch so bleiben“, sagt Steffens. Die Landesvertretung NRW ist die zweitgrößte nach der von Bayern. Ihr Jahresetat für Personal, Veranstaltungen und Räumlichkeiten beträgt 4,3 Millionen Euro. „Damit kann man jede Menge bewegen“, sagt Steffens.

**Rainer Steffens hat jahrelange Erfahrung mit der EU-Bürokratie**